



Beschluss

vom 19. Oktober 2004

Nr. 5169

Postulat

Postulat Christoph Solenthaler: Eignungsüberprüfung vor Schuleintritt; Frage der Erheblicherklärung

Christoph Solenthaler und 16 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 24. August 2004 ein Postulat betreffend "Eignungsüberprüfung vor Schuleintritt" ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat nimmt zur Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgehend von Erfahrungen der letzten Jahre werden in der Stadt St.Gallen je nach Quartier bis zu 70 Prozent der Kinder nicht regulär eingeschult und durchschnittlich über 25 Prozent der Kinder zurückgestellt. Diese Entwicklung kann nicht ausschliesslich mit mangelndem Spracherwerb in Deutsch und/oder mangelnder Schulreife der betroffenen Kinder begründet werden. Offensichtlich bestehen grundsätzliche Anpassungsprobleme zwischen dem, was die Schule anbietet, und den Möglichkeiten, die eine signifikante Gruppe unserer Kinder mitbringt.

Wenn die Schule es nicht mehr schafft, einem grossen Teil der schulpflichtigen Kinder einen regulären Schuleintritt zu ermöglichen, muss die Schule ihr Angebot auf ihre Gesellschafts- und Integrationsfähigkeit hin überprüfen. Dieses Auseinanderklaffen von Angebot der Schule und Möglichkeiten unserer Kinder ist kein St.Galler Phänomen und bleibt auch nicht auf städtische Agglomerationen beschränkt. Auch andernorts wurde festgestellt, dass rund 15 Prozent der Kindergartenkinder nicht altersgemäss eingeschult werden und auf der andern Seite rund 25 Prozent der altersgemäss eingeschulten Kinder dem Schulstoff um Monate voraus sind. Daraus resultiert dringender Handlungsbedarf im Volksschulwesen. Dieses Eingeständnis haben mehrfach die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), das Erziehungsdepartement, aber auch die städtische Schulverwaltung öffentlich gemacht. Sie haben damit sig-



nalisiert, dass Chancengleichheit bereits beim Schuleintritt ein wichtiges Thema ist, und dass dieses Thema angegangen werden muss.

Ob eine Eignungsprüfung Deutsch in der Praxis eine geeignete Massnahme für mehr Chancengleichheit beim Schuleintritt ist, muss offen gelassen werden. Für eine Eignungsprüfung in Mundart fehlt die gesetzliche Grundlage. Das st.gallische Volksschulgesetz kennt keine Voraussetzungen für die Aufnahme in die öffentliche Schule, im Gegenteil ist die Schule verpflichtet, alle Kinder mit Ausnahme von derjenigen, für welche ein Sonderschulbesuch indiziert ist, voraussetzungslos aufzunehmen. Für eine Eignungsüberprüfung, deren Ergebnis den Schuleintritt bestimmt, müsste zuerst vom kantonalen Gesetzgeber die gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

2 Bei dieser Rechtslage fragt sich, was auf kommunaler Ebene vorgekehrt werden kann bzw. welche Freiräume auszuloten sind, um mindestens in der Stossrichtung dem Anliegen des Postulates gerecht zu werden. Im heutigen Schulsystem ist ein Wechsel der verschiedenen Schulstufen, insbesondere der Übertritt vom Kindergarten in die Schule stets an eine mehr oder weniger intensive Abklärung gekoppelt. Die sprachlichen Fertigkeiten sind dabei ein wichtiger Indikator. Mindestens ebenso wichtig sind aber soziale und erweiterte persönliche Kompetenzen. Aus Sicht des Stadtrates hat deshalb die Beurteilung der Schulreife stets aus einer Gesamtschau zu erfolgen, da eine einseitige Fokussierung auf die Deutschkenntnisse dazu führen könnte, dass weniger messbare, aber mindestens ebenso wichtige Entwicklungsprozesse beim Kind marginalisiert und Entscheide zum Nachteil des Kindes gefällt würden. Es ist für ihn aber denkbar, dass für die Abklärungen und Beurteilungen der Schulreife umfassendere Grundlagen entwickelt und angewendet werden, als dies heute der Fall ist, und dass dabei die Kenntnisse der Mundartsprache vermehrt Beachtung finden.

3 Mehr Chancengleichheit bereits beim Schuleintritt erhofft sich der Erziehungsrat mit einem flexiblen Schulübertritt. Er hat dazu das Projekt Basisstufe lanciert. Auch wenn sich die Stadt am Projekt Basisstufe nicht beteiligt, weil dazu die Rahmenbedingungen vor allem bezüglich Infrastruktur nicht gegeben sind, sucht auch sie nach - machbaren - Lösungen für einen flexiblen Schuleintritt. Eine Arbeitsgruppe ist beauftragt, Alternativen zum Basismodell mit flexibler Einschulung innerhalb der heutigen Schulstrukturen und der räumlichen Gegebenheiten zu entwickeln. Entstanden ist das Projekt "KIDS" (vom **K**indergarten **i**n **d**ie **S**chule). Eckpfeiler des Projektes KIDS sind eine Stärkung der Idee des Vorkindergartens, die Pflicht zum Besuch des Kindergartens während zweier Jahre und eine obligatorische Einführungs-klasse mit flexibler Dauer von eins bis zwei Jahren vor dem Eintritt in die 2. Klasse.



Das Projekt "KIDS" ist auf einen "fairen Schulstart" ausgerichtet, wie ihn das Postulat fordert, und es ist geeignet, die Chancen der Kinder beim Schuleintritt zu verbessern. Über das Projekt "KIDS" wird zu gegebener Zeit Antrag gestellt. Allerdings ist auch für dieses Projekt eine Änderung der kantonalen Gesetzgebung notwendig.

4 Das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage für die Einführung von Eignungsprüfungen für den Schuleintritt und die bereits laufenden Projektarbeiten für einen flexiblen Schuleintritt in den städtischen Schulen, welche klar das Ziel von mehr Chancengleichheit anvisieren, lassen den Stadtrat zum Schluss kommen, das Postulat **nicht erheblich** zu erklären.

5 Auf Antrag der Schulverwaltung beschliesst der Stadtrat:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Schulvorstand wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat in diesem Sinne zur Frage der Erheblicherklärung Stellung zu nehmen.

Beilage:
Postulat

Protokollauszug:
Finanzverwaltung (3)
Schulverwaltung (3)

